

**Beschluss** Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische Einigkeit ist wichtiger denn je

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Wir GRÜNE sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen
- 2 Zusammenhalts. Umso
- 3 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen Wähler\*innen
- 4 in
- 5 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.
- 6 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei
- 7 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt
- 8 nach wie
- 9 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.
- 10 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-
- 11 Bürger\*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürger\*innen in der EU zu
- 12 sichern,
- 13 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine
- 14 Übergangsphase zu
- 15 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.
- 16 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel und
- 17 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte Grenze
- 18 - also
- 19 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden
- 20 in
- 21 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.
- 22 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den
- 23 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für
- 24 Nordirland,
- 25 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das
- 26 Sozial-,
- 27 Umwelt- und Steuerdumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig ankündigen.
- 28 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine
- 29 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme
- 30 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen haben
- 31 Anti-
- 32 Europäer\*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt,
- 33 das die
- 34 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten
- 35 und
- 36 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplante Gesellschaft und
- 37 das Klima

25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf,  
endlich  
26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,  
27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch  
Politiker\*innen, der  
28 Presse oder einzelner Bürger\*innen, vorzugehen.

29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen  
30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar  
2020 gegen  
31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das  
Austrittsdatum  
32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments  
33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann  
wieder Bewegung  
34 in die vertrackte Situation kommen.

35 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen und  
große  
36 Risiken eingegangen.

37 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor - also  
eine  
38 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und  
Binnenmarktbestimmungen,  
39 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden  
würde.

40 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht,  
dass  
41 Nordirland rechtlich Teil des UK- Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU-Zollunion ist.  
42 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der EU  
an  
43 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

44 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import  
45 die Gefahr einer Unterwanderung von EU-Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für  
Nordirland  
46 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU  
umgesetzt  
47 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden,  
dass  
48 regelmäßige, unangekündigte EU-Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle  
49 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen -  
genutzt  
50 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens  
wurde der  
51 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export  
von  
52 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum  
Beispiel  
53 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine  
Regelung

54 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-  
55 Zollunion sieht.

56 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der  
Umwelt-  
57 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich  
eine  
58 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

59 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die  
60 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf  
hinwirken, dass

61 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien  
nicht  
62 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen  
und  
63 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die  
zukünftigen

64 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder  
auf die

65 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine  
Abstriche

66 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz  
für EU

67 Bürger\*innen müssen dynamisch angepasst werden.

68 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den Frieden  
in

69 Nordirland, als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

70 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:  
71 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in  
weiteren

72 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit  
finden

74 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein  
75 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament,  
wie Johnson

76 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir  
gemeinsam

77 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische  
79 Bürger\*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen  
sind auf die

80 Straße gegangen, um für Bürger\*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der  
Brexit-

81 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.

82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger\*innenbewegung. Wir werden auch weiter  
diejenigen

83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen

Union  
84 kämpfen.

85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach  
86 diejenigen  
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU  
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger\*innen nicht aufgeben und weiter für sie  
87 und  
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.

## **Begründung der Dringlichkeit**

...